



Medienmitteilung

Zürich, 11. Dezember 2025

Beschlüsse der Kommissionen

KJS: Neue Plattform zur elektronischen Abwicklung der Zivil- und des Strafverfahren

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) zu ändern ([6004](#)). Die Zivil- und das Strafverfahren sollen mit einer neuen Plattform, über welche Verfahrenshandlungen elektronisch vorgenommen werden können, weitgehend digitalisiert werden. Dazu wurde das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) erlassen, welches voraussichtlich per 1. Januar 2027 in Kraft tritt. Da die Gerichtsorganisation in der Zuständigkeit der Kantone liegt, sind Anpassungen des kantonalen Rechts notwendig. Diese betreffen die Zustellung, die Aktenaufbewahrung sowie die Unterzeichnung von Urteilen. Die Kommissionsminderheit (SVP) begrüsst die Möglichkeit der elektronischen Kommunikation mit den Gerichten, lehnt jedoch einen verordneten Zwang für berufsmässige Parteivertreter ab, weshalb sie einen Antrag auf Nichteintreten stellt.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

STGK: Kein eigenes Gesetz für elektronische Basisdienste

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, auf die Gesetzesvorlage über elektronische Basisdienste nicht einzutreten ([5985](#)). Die Kommission unterstützt zwar ein rasches Vorwärtstkommen der digitalen Verwaltung, ist aber der Meinung, dass es für die Regelung von Authentifizierungen, technischer Standards für Interoperabilität zwischen Gemeinden und Kanton sowie des digitalen Arbeitsplatzes kein neues Gesetz braucht. Der Kanton soll den eingeschlagenen Weg über Spezialgesetzgebungen weiterverfolgen. Die Kommissionsminderheit (SP, Grüne, Die Mitte) beantragt Eintreten und Rückweisung an die STGK. Sie sieht Vorteile für die Rechtssicherheit und erachtet es als zielführend sowie anwendungsfreundlich, die gesetzlichen Grundlagen für elektronische Basisdienste kompakt in einem Querschnittsgesetz zu verankern.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

KBIK: Eigentümerstrategie der Universität Zürich soll genehmigt werden

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 3 Stimmen, die Eigentümerstrategie (ES) der Universität Zürich zu genehmigen ([6045](#)). Aus Sicht der Kommissionsmehrheit genügt die ES den mit der Vorlage 5867 im Universitätsgesetz verankerten Vorgaben, welche die Wissenschaftsfreiheit und die Autonomie der Hochschule respektieren. Die Kommissionsminderheit (SP) lehnt die Genehmigung ab, ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen. Sie ist der Meinung, die ES schaffe keine klaren Governance-Strukturen und sei zu wenig konkret.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61



KEVU: Eigentümerstrategie für die EKZ soll genehmigt werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, die Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zu genehmigen ([6037](#)). Aufgrund von Kritik der KEVU und der Aufsichtscommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) hinsichtlich der strategischen Ziele sowie der Abgrenzung zwischen Markt- und Monopolbereich hatte der Regierungsrat eine erste Version der Eigentümerstrategie im Frühjahr 2025 zurückgezogen ([5964](#)). Die Mehrheit der Kommission zeigt sich nun mit der überarbeiteten Eigentümerstrategie zufrieden und möchte sie genehmigen. Eine Kommissionsminderheit (SVP) lehnt die Eigentümerstrategie nach wie vor ab. Aus ihrer Sicht wird der Trennung zwischen Monopol- und Marktbereich nach wie vor ungenügend Rechnung getragen. Auch der Grundsatz, dass die EKZ das Gebiet ausschliesslich mit erneuerbarer Energie versorgt, entspricht nicht den Vorstellungen der Minderheit. Allgemein müsse der Begriff CO₂-freie Energie verwendet werden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

KEVU: Postulat für Bahnverbindung Uster–Effretikon soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Mitte, SVP, SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 35/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen zu prüfen, wie eine schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon in das Agglomerationsprogramm des Bundes aufgenommen werden kann, und die dazu nötigen Vorkehrungen zu treffen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass die ÖV-Erschliessung des Siedlungsgebietes von Volketswil mit Buslinien grundsätzlich gut ist. Ein wesentlicher Ausbau würde den raumplanerischen Vorgaben widersprechen. Ausserdem seien die Nachfrageströme für die geforderte Verbindung für eine wirtschaftlich sinnvolle schienengebundene Erschliessung zu gering.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

KEVU: Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der Grünen betreffend «Kreislaufwirtschaft – Grünabfall für Biogas und Kompost» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 344/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit sämtliche Gemeinden des Kantons eine funktionierende und flächendeckende Grünabfallsammlung und -verwertung für Biogas und Kompost gewährleisten können. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass die Bundesgesetzgebung bereits heute vorsieht, dass biogene Abfälle so weit wie möglich getrennt zu sammeln und stofflich zu verwerten seien. Die Gemeinden hätten vielfältige, auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse angepasste Angebote zur Sammlung von biogenen Abfällen aufgebaut und bauten diese weiter aus. Der Regierungsrat sieht daher keine Veranlassung, diesbezüglich weitere Vorgaben zu machen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84



KEVU: Postulat zu Optimierung des ÖV in Winterthur soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SVP, SP, GLP und Grünen betreffend «Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 473/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie der ZVV die Linienführung optimieren und im Bereich Wülflingen Nord anpassen kann. Dies entweder durch Schaffung einer neuen Linie ab «Strassenverkehrsamt» oder durch Ändern einer bestehenden Linie. Zudem sollte geklärt werden, wie die Nutzung der Halle des Strassenverkehrsamtes Winterthur als in der Nacht ermöglicht werden kann. In seiner Antwort führt der Regierungsrat aus, dass langfristige eine Erschliessung des Gebiets durch eine Ergänzungslinie (Quartierbus) vorgesehen ist. Diese Linie soll mit kleineren, autonomen Fahrzeugen mit Batterieantrieb und allenfalls auch als On-Demand-Angebot betrieben werden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.